



Liebe Leserinnen und Leser,

im Zuge der Steuerschätzung an diesem Donnerstag hat der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, neue Wachstumsimpulse durch Steuersenkungen für Bürger und Unternehmen gefordert.

Die Bundesregierung hat diese Woche im Bundestag den Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vorgelegt. Darin wird die Erwerbsmigration aus Drittstaaten vor dem Hintergrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels neu geregelt. Bundesinnenminister Horst Seehofer wies darauf hin, dass das Gesetz klare Regelungen enthält, wer nach Deutschland kommen darf.

Der Bundestag hat diese Woche zudem die Mandate für drei Afrika-Einsätze der Bundeswehr verlängert. Die Abgeordneten stimmten am Donnerstag jeweils mit großer Mehrheit für die weitere Beteiligung an zwei Missionen im westafrikanischen Krisenstaat Mali sowie am Anti-Piraterie-Einsatz am Horn von Afrika.

Herzliche Grüße

Christian Schmidt MdB

Diese Woche:

Deutschland braucht ein Wachstums- und Modernisierungsprojekt	2
Neuregelung der Erwerbsmigration	3
Bundestag verlängert Bundeswehrmandate	6
Fünf Jahre Gemeinschaftsaufgabe Städtebauförderung	8
"Dorfgemeinschaftshaus Welbhausen kann gebaut werden." - Förderbescheid übergeben	10

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Homepage: www.christian-schmidt.de/

E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de



KONJUNKTUR 10.05.2019

Deutschland braucht ein Wachstums- und Modernisierungspaket



© picture alliance/Jan Woitas/dpa-Zentralbild

Im Zuge der Steuerschätzung an diesem Donnerstag hat der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, neue Wachstumsimpulse durch Steuersenkungen für Bürger und Unternehmen gefordert.

Wachstum schwächt sich ab

Wegen der sich eintrübenden Konjunktur steigen die Einnahmen des deutschen Staates nicht mehr so stark wie zuletzt. Bund, Länder und Kommunen müssen bis zum Jahr 2023 mit 124,3 Milliarden Euro weniger auskommen als noch im Herbst erwartet. Denn die Haushaltspläne basieren auf den Steuerschätzungen. Im November hatten die Steuerschätzer für die Zeit bis 2022 noch ein Plus von 6,7 Milliarden Euro für Bund, Länder und Kommunen berechnet. Seitdem musste die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr mehrmals nach unten korrigieren. Inzwischen erwartet sie, dass das Bruttoinlandsprodukt nur noch um 0,5 Prozent wachsen wird. Ende 2018 hatte die Regierung noch mit einem Plus von 1,8 Prozent gerechnet.



Das Wachstum ankurbeln

Alexander Dobrindt sagte hierzu: „Aufgabe von Politik ist es nicht, bei nachlassendem Wirtschaftswachstum auf eine Krise zu warten, sondern die Krise abzuwenden.“ Das Land brauche nun ein Wachstums- und Modernisierungspaket, „damit wir die Rekordbeschäftigung halten und der Wirtschaft weitere Dynamik verleihen.“ „Dabei geht es um drei Säulen“, so Dobrindt. „Steuerentlastungen für Bürger und eine Steuerreform für Unternehmen, Erhöhung der Zukunftsinvestitionen und neue Rahmenbedingungen für Klimaschutzinnovationen“, so der Vorsitzende der CSU im Bundestag weiter.

FACHKRÄFTE 10.05.2019

Neuregelung der Erwerbsmigration



© picture alliance/Bernd von Jutrczenka/dpa

Die Bundesregierung hat diese Woche im Bundestag den Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vorgelegt. Darin wird die Erwerbsmigration aus Drittstaaten vor dem Hintergrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels neu geregelt. Bundesinnenminister Horst Seehofer wies darauf hin, dass das Gesetz klare Regelungen enthält, wer nach Deutschland kommen darf.



Fachkräfteeinwanderungsgesetz diskutiert

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer (CSU), hat am Donnerstag im Bundestag den Entwurf für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorgelegt. Damit gebe die Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten ab, also aus Staaten außerhalb der Europäischen Union, so Seehofer. Mit dem Gesetz würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diejenigen Fachkräfte, die unsere Wirtschaft dringend brauche, gesteuert und geordnet nach Deutschland kommen können.

„In der Gesundheitsbranche, in der Pflege, im Handwerk, auf dem Bau und in vielen technologischen Berufen suchen die Betriebe händeringend nach Fachkräften. Die demografische Entwicklung wird dieses Problem des Fachkräftemangels noch verstärken“, begründete der Innenminister den Gesetzentwurf. Er wies aber zugleich daraufhin, dass zuerst das inländische und europäische Arbeitskräftepotenzial genutzt werde. Allerdings werde dies absehbar nicht ausreichen, um den Fachkräftebedarf in Deutschland zu sichern.

Hochschulabsolventen und Fachkräfte mit Berufsausbildung werden gebraucht

„Der Gesetzentwurf enthält klare Kriterien dafür, wer unter welchen Voraussetzungen zum Arbeiten nach Deutschland kommen darf. Damit bekommen die Unternehmen Rechtssicherheit, und die Fachkräfte, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen wollen, bekommen eine Perspektive“, erklärte Seehofer. Gebraucht würden Fachkräfte. Das seien einerseits Hochschulabsolventen und andererseits Fachkräfte mit einer qualifizierten Berufsausbildung. Durch die Regelung im Aufenthalts- und Erwerbsrechts könnten diese beiden Gruppen nun dieselbe Behandlung und die gleiche Wertschätzung erfahren, so der Innenminister.

„Wir stellen ab auf die Qualifikation der Bewerber und Interessenten. Diese Qualifikation wird aus dem Ausland durch deutsche Stellen geprüft. Nur wer eine anerkannte Qualifikation hat oder wer so weit qualifiziert ist, dass er mit Anpassungslehrgängen die volle Anerkennung erreichen kann, darf zur Erwerbstätigkeit einwandern“, betonte der Innenminister.

Der Innenminister griff auch die aktuelle Diskussion auf: „Wir haben seit Jahren eine Regelung für Hochschulabsolventen, die sich sehr bewährt hat, nämlich dass Hochschulabsolventen zu uns kommen können, um einen Arbeitsplatz zu suchen. Genau diese seit Jahren mit null Problemen versehenen Regeln erweitern wir jetzt auf die Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzsuche im dualen System“, so Seehofer. Das sei an Bedingungen geknüpft, nämlich gute deutsche Sprachkenntnisse und entsprechende Schulabschlüsse.



Gesetz kann auf kurzfristige Veränderungen am Markt reagieren

In dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz sei aber auch berücksichtigt, dass sich die Konjunktur, die Arbeitsplatzsituation in Regionen oder im ganzen Land verändern könnten. Deshalb sei über eine Verordnungsermächtigung im Gesetz sichergestellt, dass bei einer Veränderung der Arbeitsmarktsituation in einer Region wieder eine Vorrangprüfung durchgeführt werden kann. Das heißt, die Menschen, die bereits hier leben, hätten dann einen Vorrang bei der Arbeitsplatzvermittlung, so Seehofer.

„Wir sehen eine weitere Verordnungsermächtigung vor, und zwar eine Zuwanderungssperre für Menschen aus bestimmten Staaten für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass aus bestimmten Staaten heraus missbräuchliche Entwicklungen zu verzeichnen sind“, erläuterte der Innenminister.

Es werde an der klaren und auch nachvollziehbaren strikten Trennung von Asyl und Erwerbsmigration festgehalten. Das sei ein wesentlicher Teil Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Es gehe um die Erwerbsmigration und nicht um eine Spielart des Asylverfahrens, betonte Seehofer.





BUNDESWEHREINSÄTZE 10.05.2019

Bundestag verlängert Bundeswehrmandate



© picture alliance/Michael Kappeler/dpa

Der Bundestag hat die Mandate für drei Afrika-Einsätze der Bundeswehr verlängert. Die Abgeordneten stimmten am Donnerstag jeweils mit großer Mehrheit für die weitere Beteiligung an zwei Missionen im westafrikanischen Krisenstaat Mali sowie am Anti-Piraterie-Einsatz am Horn von Afrika.

Bundeswehreinsätze in Mali und am Horn von Afrika

Mali ist für die Stabilität der Sahelzone von besonderer Bedeutung. Der UN-Einsatz MINUSMA soll den Friedensprozess in Mali unterstützen, nachdem der Norden des Landes im Jahr 2012 vorübergehend in die Hände islamistischer und anderer Rebellen Gruppen geraten war. Die Sicherheitslage in der Region hat sich zuletzt jedoch verschlechtert. In der Sahelzone sind Gruppen islamistischer Terroristen aktiv, während sich in Zentralmali gewaltsame ethnische Konflikte zuspitzen. Zwar gilt der Einsatz in Mali als gefährlich, dennoch ist eine deutsche Präsenz im Land essentiell. Dies unterstrich auch Volker Ullrich (CSU) in seiner Rede im Bundestag: „Wer von Verantwortung in der westafrikanischen Zone spricht, wer über Verantwortung im Sahelbereich spricht, der kann diese Mission nicht ablehnen.“ Bei der MINUSMA-Mission werden derzeit rund 900 deutsche Soldaten eingesetzt. Mit der Verlängerung des Mandats um ein weiteres Jahr bleibt die Obergrenze unverändert bei 1100 Einsatzkräften.



Dazu kommen etwa 200 Bundeswehr-Soldaten, die sich an der EU-Mission zur Ausbildung malischer Sicherheitskräfte (EUTM) beteiligen. Das Mandat umfasst die Unterstützung und Beratung der malischen Armee im Rahmen ihrer Strukturreform. So sollen die malischen Sicherheitskräfte befähigt werden, die Souveränität, Sicherheit und Stabilität Malis eigenständig zu gewährleisten. Für CSU-Außenpolitiker Thomas Erndl zeige die EU mit ihrem Engagement außenpolitische Handlungsfähigkeit und unterstütze das Land langfristig eigenständig seine Sicherheit gewährleisten zu können. Auch hier wurde das Mandat vom Bundestag um ein Jahr verlängert.

Zudem bleibt die Bundeswehr auch an der Atalanta-Mission am Horn von Afrika beteiligt. Die personelle Obergrenze sinkt mit der vom Parlament beschlossenen Mandatsverlängerung allerdings von 600 auf 400 Soldaten. Geschützt werden Schiffe des UN-Welternährungsprogramms und der Somalia-Mission der Afrikanischen Union, aber auch Handelsschiffe aus aller Welt.





11.05.2019

Fünf Jahre Gemeinschaftsaufgabe Städtebauförderung

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB: „Wir fördern Lebensqualität“



Fotos von links: Zweiter Bürgermeister Peter Müller, Bundesminister a.D. Christian Schmidt und Erster Bürgermeister Rüdiger Probst am „Fuß“ der Bergstraße.

Wilhelmsdorf (pmw). Ein zentrales Instrument zur nachhaltigen Entwicklung von Städten und Gemeinden ist das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm. Der bundesweite „Tag der Städtebauförderung“, an welchem in 550 Städten und Gemeinden etwa 750 Veranstaltungen und Aktionen stattfanden, führte den heimischen Wahlkreisabgeordneten im Deutschen Bundestag, Bundesminister a.D. Christian Schmidt, in diesem Jahr auch in den Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

Seit fünf Jahren gibt es inzwischen die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe des Bundes mit den Ländern und Kommunen. Dieses kleine Jubiläum nahm Christian Schmidt zum Anlass, sich vor Ort in Städten und Gemeinden seines Wahlkreises über



die Fortschritte zu informieren. So auch in Wilhelmsdorf, einer 1.500-Einwohner Gemeinde im östlichen Teil des Landkreises Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, wo das Ergebnis der Unterstützung in Form der Umgestaltung der Bergstraße deutlich sichtbar ist.

Umgestaltung der Bergstraße in Wilhelmsdorf

„Wegen des streckenweise notwendigen Austausches von Wasserleitungen war es angezeigt, die Straße insgesamt zu erneuern“, so Erster Bürgermeister Rüdiger Probst. Dabei ging es nach seinen Angaben nicht nur um die Straße an sich, sondern auch um die Anlage von Parkplätzen, barrierefreien Gehwegen und Verbesserungen bei Hauseingängen. „Historisch bedingt standen etliche Einwohner direkt auf der Straße, wenn sie das Haus verließen“. Zumindest in einigen Fällen habe hier unter aktiver Mitwirkung der Anwohner Abhilfe geschaffen werden können. Probst: „Auch das Umfeld der Hugenottenhalle konnte verbessert und die Straße zum Baugebiet Mozartstraße ausgebaut werden“.

Gute Zusammenarbeit mit der Regierung von Mittelfranken

Ursprünglich seien für die gesamte Maßnahme 1,2 Millionen Euro veranschlagt gewesen. Nicht zuletzt um Kosten zu sparen habe die Gemeinde auf manch Wünschenswertes aber verzichtet, „so dass wir nach endgültiger Abrechnung vermutlich unter einer Million bleiben werden“. Probst lobte ausdrücklich die „reibungslose und sehr angenehme Zusammenarbeit“ mit Baudirektor Eberhard Pickel und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierung von Mittelfranken. Auch Hans Herold habe als Stimmkreisabgeordneter im Bayerischen Landtag aktiv mitgeholfen, wie auch bereits bei anderen Maßnahmen der Gemeinde.

In Wilhelmsdorf rechnet man mit einer Gesamtförderung von ca. 600.000 Euro, der Bundesanteil betrage dann etwa die Hälfte. Bürgermeister Probst berichtete dem Abgeordneten, dass dies nicht die erste Maßnahme im Rahmen der Städtebauförderung war „und hoffentlich auch nicht die letzte“. Derzeit seien zum Beispiel das alte Rathaus, die Fortführung der von-Buirette-Straße und der Umgriff um das Feuerwehrhaus zur Förderung angemeldet.

„Von den Finanzhilfen des Bundes, aktuell jährlich 790 Millionen, fließen knapp die Hälfte in den ländlichen Raum“, so Christian Schmidt. Die Gemeinden im Landkreis hätten in diesen fünf Jahren insgesamt mehr als 18 Millionen Euro an Fördergeldern erhalten. Das Geld sei gut und zukunftsorientiert angelegt, denn „wir helfen damit, dass unsere Städte und Gemeinden attraktiv bleiben und notwendige Infrastrukturmaßnahmen für die Kommunen erschwinglich werden“. Dabei gehe es nicht um „Paläste oder Prunkbauten, sondern, wie in Wilhelmsdorf eindrucksvoll sichtbar, zum Beispiel um die ansprechende Gestaltung von Straßen und Plätzen“. Schmidt und Probst übereinstimmend: „Hier wird Lebensqualität gefördert“.



03.05.2019

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB: "Dorfgemeinschaftshaus Welbhausen kann gebaut werden." - Förderbescheid übergeben



v.l.n.r.: Hans Herold MdL, Bürgermeister Wolfgang Lampe, Baudirektor Gerhard Jörg und Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB. Foto: Streng

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB freut sich sehr über Fördermittel von 970.000 Euro für das geplante Dorfgemeinschaftshaus in Welbhausen, Ortsteil von Uffenheim. Die Förderbescheidübergabe durch Gerhard Jörg, Leiter des Amtes für ländliche Entwicklung, an Bürgermeister Wolfgang Lampe und Ortssprecher Uwe Strebel, fand am 3. Mai 2019, im für den Abbruch vorgesehenen alten Gasthaus „Krone“ statt. Auch Landtagsabgeordneter Hans Herold war gekommen.



Im Rahmen der kleinen Feier, betonten Schmidt und Herold, wie wichtig die Belebung der Ortskerne in den Dörfern für die Stärkung des ländlichen Raumes sei. „Ein lebendiger Ortskern trägt entscheidend dazu bei, das Leben auf dem Land attraktiv zu gestalten und Menschen – jung und alt – Anreize für den Lebensmittelpunkt Dorf zu bieten“, so Schmidt

„Hinter der heutigen Übergabe des Zuwendungsbescheides steckt bereits eine lange Wegstrecke an Einsatz und Planung“, betonte Schmidt. „Ich danke allen Beteiligten, dass sie nicht nachgelassen haben, sich mit Weitsicht und Tatkraft für die Weiterentwicklung ihrer Dorfgemeinschaft einzusetzen.“

Dem geplanten Abbruch des ehemaligen Gasthauses, dem Neubau des Gemeinschaftshauses und der Umgriffsgestaltung stehe nun nichts mehr im Wege. Der Förderbescheid decke erfreulicherweise einen Großteil der Investitionssumme ab. Etwa 1,4 Millionen Euro kostet das Projekt.

„Das Engagement des Freistaates Bayern im Bereich der Dorferneuerung ist vorbildlich in ganz Deutschland. Aber auch der Bund unterstützt mit seiner „Gemeinschaftsaufgabe“ diese Infrastrukturmaßnahmen, um zwischen Stadt und Land möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen“, betonte Schmidt.

„Als Bundesminister habe ich vor rund 2,5 Jahren das „Gesetz zur Änderung der Gemeinschaftsaufgabe“ in Kraft gesetzt“, so Schmidt. Mit dieser Novelle werde den Ämtern für ländliche Entwicklung ein noch breiterer Ansatz angeboten, auch Investitionen in nicht landwirtschaftlichen Kleinstbetrieben und in kleine Infrastrukturen sowie Basisdienstleistungen zu fördern. Dies nutze das Amt für ländliche Entwicklung in Ansbach. „Ich danke Herrn Jörg und seinem Team für die hervorragende Arbeit.“

Das traditionelle Welbhausen verfüge über stolze landwirtschaftliche Betriebe in bester Gälage Aber auch hier sei der Strukturwandel leider nicht spurlos vorbei gegangen. Markante Bauernhöfe, stolze Hofanlagen warten auf ihre Wiedererweckung in neuen Funktionen. „Welbhausen war über viele Jahre eine Hochburg der Gelbviehzüchter! Von den ehemals 42 Milchbauern sind noch 2 übriggeblieben! Auch das „weiße Gold“, die Zuckerrübe, ehemals das wirtschaftliche Rückgrat von 24 landwirtschaftlichen Betrieben hier in Welbhausen, konzentriert sich heute auf 8 Höfe“, berichtete Schmidt. Solche Vergleiche machten deutlich, was sich in unseren Dörfern wie Welbhausen in den letzten Jahren verändert habe.

„Hier mag ein Dorfgemeinschaftshaus auch als Ideenschmiede dienen, wie alte und neue Strukturen, alteingesessene und neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger zueinander finden und ihre Dorfgemeinschaft gestalten“, so der Bundestagsabgeordnete weiter. Der Name „Dorfgemeinschaftshaus“ sei Programm. „In einem solchen Haus werden die verschiedensten Veranstaltungen stattfinden und Gruppen und Vereine ihren Platz finden können.“



Viele Menschen werden hier frohe Stunden verbringen, kurzum: es entsteht ein Ort, an dem Gemeinschaft, das Zusammengehörigkeitsgefühl und Kameradschaft großgeschrieben werden."

Schmidt dankte allen Beteiligten für ihren Einsatz und wünschte Kraft und Tatkraft, wenn jetzt die Bauphase starte.

Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin,

Telefon: 030 / 227 71630, Fax: 030 / 227 76962

E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de

Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)